

Forum

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigungsverhältnisse dominieren weiter den Markt der haushaltsnahen Dienstleistungen in Deutschland. Ganz anders in Frankreich: Dort arbeiten inzwischen zwei Millionen Menschen legal in Familien und bei hilfsbedürftigen alten Menschen. Die Franzosen haben es in den vergangenen fünf Jahren geschafft, Dienstleistungen für Kunden bezahlbar und für Firmen profitabel zu machen.

Während die zwei Millionen französischen Hausangestellten, die in etwa 3,5 Millionen Haushalten arbeiten, nach statistischen Erhebungen pro Monat durchschnittlich fast 700 Euro erwirtschaften, kommen die 217 000 Minijobber im Deutschland auf nur knapp 190 Euro. Ließe sich das französische Beschäftigungsmodell auf die Bundesrepublik übertragen, so könnte man bei einer Bevölkerung von 80 Millionen von etwa 2,4 Millionen legalen Arbeitsplätzen in Privathaushalten ausgehen. Doch die deutschen Privathaushalte greifen immer noch bevorzugt auf Schwarzarbeit und illegale Beschäftigte zurück.

Experten schätzen, dass in Deutschland derzeit mindestens 300 000 bis 500 000 illegal beschäftigte Haushaltshilfen allein bei älteren Menschen arbeiten und leben. Vor allem Frauen aus EU-Beitrittsstaaten wie Polen und Slowakei, aber auch aus Drittstaaten wie

Forum

Saubere Pflegekraft

In Frankreich boomt der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungen. Deutschland kann davon viel lernen

Von Christa Larsen und Stefan Ekert

Weißrussland und Ukraine versorgen die Hilfsbedürftigen meist rund um die Uhr. Darüber hinaus übernehmen Nachbarn und Bekannte Aufgaben, die in der Regel bar bezahlt werden, ohne Steuern und Sozialabgaben zu entrichten. Diese große Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist für alle Beteiligten, Beschäftigte aber auch die Familien und alte Menschen, problematisch. Darüber hinaus gehen dem Staat Steuereinnahmen verloren und die Sozialsysteme werden unnötig und ungerechtfertigt belastet, wenn Schwarzarbeiter beitragsfrei bei ihrem Partner mitversichert sind.

Und dabei ist das Potenzial an Haushaltshilfen in Deutschland immens: Gerade Frauen, die nach der Familien- oder Pflegephase von Angehörigen wieder einen Einstieg in Erwerbsarbeit su-

chen, aber auch Migranten oder Un- und Angelernte könnten in diesem Marktsegment beschäftigt werden. Viele kommunale Initiativen und Beschäftigungsträger haben in den vergangenen Jahren versucht, diese Zielgruppen zu aktivieren und zu qualifizieren. Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd: Es gelingt zwar häufig, qualifizierte und motivierte Personen in Beschäftigung zu bringen, doch selten über den Förderzeitraum von Modellprojekten hinaus. Denn es fehlt an kommerziellen Dienstleistern, die solche Mitarbeiter nachhaltig binden.

Ein gravierendes Problem sind die Kosten: Bei einem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent und Sozialabgaben von etwa 40 Prozent ist es kaum möglich, diese Dienstleistungen zu einem Stundenlohn von weniger als 18 Euro anzubie-

ten. Dagegen ist Schwarzarbeit konkurrenzlos günstig. Anders sieht es in Frankreich aus. Durch eine intelligente Verknüpfung bereits vorhandener Finanzierungsinstrumente sank der Anteil an Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in diesem Bereich innerhalb von vier Jahren um 70 Prozent und die Zahl der neuen legalen Beschäftigungsverhältnisse stieg im gleichen Zeitraum um 600 000 – mit stetig wachsender Tendenz.

Der Borloo-Plan hat den Umschwung im französischen Markt für „Service à la Personne“ gebracht. Im Jahr 2004 initiierte der damalige Sozial- und Arbeitsminister Jean-Louis Borloo eine Konferenz mit allen relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um die Probleme zu analysieren und gemeinsam anzugehen. Denn auch in Frankreich waren diese Dienstleistungen für viele Haushalte zu teuer. Der Markt gestaltete sich zudem intransparent und es erwies sich als aufwendig und kompliziert, Hilfen im Haus legal zu organisieren. Zudem ging es auch um unzureichende Regelungen für Arbeitszeiten, Qualifizierung und Beschäftigungssicherheit.

Mit dem Borloo-Plan – einem Bündel von 19 Maßnahmen, das gleichzeitig an allen identifizierten Schwachstellen ansetzte – kam 2005 die Kehrtwende. Jetzt gibt es verbindliche Qualitätsstandards

für die Dienstleistungen sowie professionelle Marktstrukturen, indem unter anderem der Markteintritt neuer Unternehmen gefördert wird. Die Dienstleister werden zertifiziert und die Qualität ihrer Arbeit kontinuierlich kontrolliert; dazu gehört auch, dass die Haushaltshilfen Anspruch auf Weiterbildung haben. Außerdem werden die Interessen der älteren Menschen und Familien berücksichtigt: Sie werden systematisch beraten, wenn sie eine Haushaltshilfe suchen. Der Zugang und die Abwicklung der Dienstleistungen ist stark vereinfacht, Informationen über Angebote gibt es direkt im Lebensumfeld – in Super-



Dr. Christa Larsen ist Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) an der Goethe Universität Frankfurt am Main, Stefan Ekert ist Geschäftsführer des Forschungsinstituts Interval.

märkten, Banken oder bei Ärzten. Über Schecks werden die Dienstleistungen staatlich subventioniert, so ist die Hilfe für Haushalte erschwinglich und einfach abzuwickeln. Darüber hinaus werden die Dienstleistungen über wenige Dachmarken bekannt gemacht, was insbesondere älteren Menschen hilft, qualitätsgesicherte Angebote problemlos zu finden.

Obwohl in Deutschland fast alle arbeitsmarkt-, finanz- und sozialpolitischen Instrumente, die in Frankreich zur Anwendung kommen, verfügbar sind, hat Deutschland die Kehrtwende noch nicht geschafft. Im Gegensatz zu Frankreich werden in der Bundesrepublik die Instrumente nicht systematisch aufeinander bezogen. So erweist sich beispielsweise die föderale Struktur Deutschlands als Bremse, es fehlt ein bundeseinheitlicher Orientierungsrahmen, ein integrierter Masterplan für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Mit der Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts zum 1. Mai 2011 werden nach Experteneinschätzungen eine große Zahl der jetzt noch illegalen, dann aber legalen Arbeitskräfte aus Osteuropa in die Gastronomie und den Einzelhandel abwandern und die Haushalte haben das Nachsehen. Und wer hält dann in den Haushalten alles am Laufen? Vermutlich bleibt es wieder an den Familien hängen, da die Politik bisher die Antwort schuldig bleibt.

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigungsverhältnisse dominieren weiter den Markt der haushaltsnahen Dienstleistungen in Deutschland. Ganz anders in Frankreich: Dort arbeiten inzwischen zwei Millionen Menschen legal in Familien und bei hilfsbedürftigen alten Menschen. Die Franzosen haben es in den vergangenen fünf Jahren geschafft, Dienstleistungen für Kunden bezahlbar und für Firmen profitabel zu machen.

Während die zwei Millionen französischen Hausangestellten, die in etwa 3,5 Millionen Haushalten arbeiten, nach statistischen Erhebungen pro Monat durchschnittlich fast 700 Euro erwirtschaften, kommen die 217 000 Minijobber im Deutschland auf nur knapp 190 Euro. Ließe sich das französische Beschäftigungsmodell auf die Bundesrepublik übertragen, so könnte man bei einer Bevölkerung von 80 Millionen von etwa 2,4 Millionen legalen Arbeitsplätzen in Privathaushalten ausgehen. Doch die deutschen Privathaushalte greifen immer noch bevorzugt auf Schwarzarbeit und illegale Beschäftigte zurück.

Experten schätzen, dass in Deutschland derzeit mindestens 300 000 bis 500 000 illegal beschäftigte Haushaltshilfen allein bei älteren Menschen arbeiten und leben. Vor allem Frauen aus EU-Beitrittsstaaten wie Polen und Slowakei, aber auch aus Drittstaaten wie

ten. Dagegen ist Schwarzarbeit konkurrenzlos günstig. Anders sieht es in Frankreich aus. Durch eine intelligente Verknüpfung bereits vorhandener Finanzierungsinstrumente sank der Anteil an Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in diesem Bereich innerhalb von vier Jahren um 70 Prozent und die Zahl der neuen legalen Beschäftigungsverhältnisse stieg im gleichen Zeitraum um 600 000 – mit stetig wachsender Tendenz.

Der Borloo-Plan hat den Umschwung im französischen Markt für „Service à la Personne“ gebracht. Im Jahr 2004 initiierte der damalige Sozial- und Arbeitsminister Jean-Louis Borloo eine Konferenz mit allen relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um die Probleme zu analysieren und gemeinsam anzugehen. Denn auch in Frankreich waren diese Dienstleistungen für viele Haushalte zu teuer. Der Markt gestaltete sich zudem intransparent und es erwies sich als aufwendig und kompliziert, Hilfen im Haus legal zu organisieren. Zudem ging es auch um unzureichende Regelungen für Arbeitszeiten, Qualifizierung und Beschäftigungssicherheit.

Mit dem Borloo-Plan – einem Bündel von 19 Maßnahmen, das gleichzeitig an allen identifizierten Schwachstellen ansetzte – kam 2005 die Kehrtwende. Jetzt gibt es verbindliche Qualitätsstandards

Forum

Saubere Pflegekraft

In Frankreich boomt der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungen. Deutschland kann davon viel lernen

Von Christa Larsen und Stefan Ekert

Weißrussland und Ukraine versorgen die Hilfsbedürftigen meist rund um die Uhr. Darüber hinaus übernehmen Nachbarn und Bekannte Aufgaben, die in der Regel bar bezahlt werden, ohne Steuern und Sozialabgaben zu entrichten. Diese große Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist für alle Beteiligten, Beschäftigte aber auch die Familien und alte Menschen, problematisch. Darüber hinaus gehen dem Staat Steuereinnahmen verloren und die Sozialsysteme werden unnötig und ungerechtfertigt belastet, wenn Schwarzarbeiter beitragsfrei bei ihrem Partner mitversichert sind.

Und dabei ist das Potenzial an Haushaltshilfen in Deutschland immens: Gerade Frauen, die nach der Familien- oder Pflegephase von Angehörigen wieder einen Einstieg in Erwerbsarbeit su-

chen, aber auch Migranten oder Un- und Angelernte könnten in diesem Marktsegment beschäftigt werden. Viele kommunale Initiativen und Beschäftigungsträger haben in den vergangenen Jahren versucht, diese Zielgruppen zu aktivieren und zu qualifizieren. Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd: Es gelingt zwar häufig, qualifizierte und motivierte Personen in Beschäftigung zu bringen, doch selten über den Förderzeitraum von Modellprojekten hinaus. Denn es fehlt an kommerziellen Dienstleistern, die solche Mitarbeiter nachhaltig binden.

Ein gravierendes Problem sind die Kosten: Bei einem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent und Sozialabgaben von etwa 40 Prozent ist es kaum möglich, diese Dienstleistungen zu einem Stundenlohn von weniger als 18 Euro anzubie-

für die Dienstleistungen sowie professionelle Marktstrukturen, indem unter anderem der Markteintritt neuer Unternehmen gefördert wird. Die Dienstleister werden zertifiziert und die Qualität ihrer Arbeit kontinuierlich kontrolliert; dazu gehört auch, dass die Haushaltshilfen Anspruch auf Weiterbildung haben. Außerdem werden die Interessen der älteren Menschen und Familien berücksichtigt: Sie werden systematisch beraten, wenn sie eine Haushaltshilfe suchen. Der Zugang und die Abwicklung der Dienstleistungen ist stark vereinfacht, Informationen über Angebote gibt es direkt im Lebensumfeld – in Super-



Dr. Christa Larsen ist Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) an der Goethe Universität Frankfurt am Main, Stefan Ekert ist Geschäftsführer des Forschungsinstituts Interval.

märkten, Banken oder bei Ärzten. Über Schecks werden die Dienstleistungen staatlich subventioniert, so ist die Hilfe für Haushalte erschwinglich und einfach abzuwickeln. Darüber hinaus werden die Dienstleistungen über wenige Dachmarken bekannt gemacht, was insbesondere älteren Menschen hilft, qualitätsgesicherte Angebote problemlos zu finden.

Obwohl in Deutschland fast alle arbeitsmarkt-, finanz- und sozialpolitischen Instrumente, die in Frankreich zur Anwendung kommen, verfügbar sind, hat Deutschland die Kehrtwende noch nicht geschafft. Im Gegensatz zu Frankreich werden in der Bundesrepublik die Instrumente nicht systematisch aufeinander bezogen. So erweist sich beispielsweise die föderale Struktur Deutschlands als Bremse, es fehlt ein bundeseinheitlicher Orientierungsrahmen, ein integrativer Masterplan für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Mit der Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts zum 1. Mai 2011 werden nach Experteneinschätzungen eine große Zahl der jetzt noch illegalen, dann aber legalen Arbeitskräfte aus Osteuropa in die Gastronomie und den Einzelhandel abwandern und die Haushalte haben das Nachsehen. Und wer hält dann in den Haushalten alles am Laufen? Vermutlich bleibt es wieder an den Familien hängen, da die Politik bisher die Antwort schuldig bleibt.